

- tionen an Regierungen oder an Projektträger mit Regierungsgarantie vergeben.
- 2) Die Weltbank refinanziert sich überwiegend auf den internationalen Kapitalmärkten. Die Mitgliedstaaten zeichnen Kapitalanteile und erwerben dadurch Miteigentum an der Bank. Die Anteile werden durch Bareinlagen, überwiegend aber durch Haftungskapital erbracht. Vor allem das von den westlichen Industrieländern gezeichnete Haftungskapital ermöglicht der Weltbank, sich auf den internationalen Kapitalmärkten zu refinanzieren. Der Kapitalanteil der Bundesrepublik Deutschland beträgt etwa 5,5vH; sie ist damit drittgrößter Anteilseigner. Für die letzte allgemeine Kapitalerhöhung über rd. 40 Mrd Dollar wurden Bareinlagen von 7,5vH und Haftungskapital von 92,5vH vereinbart. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich bereiterklärt, ihre Bareinlage von 149,15 Mill Dollar ab 1982 in sechs Jahresraten zu erbringen.
 - 3) Die IDA gewährt zinslose Kredite an die ärmsten Entwicklungsländer. Ihren Finanzbedarf deckt sie aus den eingezahlten Beiträgen der Mit-

gliedsländer sowie in geringem Umfang aus Gewinnüberweisungen der Weltbank und aus sonstigen Einnahmen. Die Mittel werden überwiegend von den westlichen Industrieländern sowie von einigen Erdölförderländern bereitgestellt.

Die Mittel der IDA wurden seit ihrer Gründung 1960 mehrmals aufgestockt. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich an der Erstausrüstung und an allen Aufstockungen mit über 3,2 Mrd Dollar beteiligt. Aus der sechsten Wiederauffüllung (IDA VI), die 1981 wirksam wurde und 12 Mrd Dollar betrug, übernahm sie 1,5 Mrd Dollar (12,5vH). Da sich die siebte Aufstockung verzögerte, wurde 1982 zur Sicherung der Funktionsfähigkeit der Organisation ein Sonderbeitrag von 1,9 Mrd Dollar vereinbart. Hiervon übernahm die Bundesrepublik Deutschland 660 Mill DM.

1976 ist auch die Bundesrepublik Deutschland dazu übergegangen, ihre Beiträge zunächst durch unverzinsliche Schuldscheine zu erbringen. Die Schuldscheine sind jederzeit bei Abruf fällig, die Höhe der Abrufe von Barzahlungen bestimmt der Mittelbedarf der IDA.

Das Hegemonialstreben hat keine Zukunft

Ansprache des Bundespräsidenten an die 38. UN-Generalversammlung (13. Oktober 1983)

KARL CARSTENS

Herr Präsident! Ich danke Ihnen, Herr Präsident, für Ihre freundlichen Worte der Begrüßung. Zum ersten Mal in der Geschichte der Mitgliedschaft meines Landes in den Vereinten Nationen hat ein Präsident der Bundesrepublik Deutschland die hohe Ehre, vor diesem Weltforum zu sprechen.

Vor zehn Jahren wurde mein Land Mitglied der Vereinten Nationen. Mein heutiger Besuch ist eine Bekundung des hohen Ansehens, das die Vereinten Nationen in der Bundesrepublik Deutschland genießen. Gleichzeitig unterstreicht mein Besuch die große Bedeutung, die mein Land einer engen Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen für die Sache des Friedens und der Gerechtigkeit beimißt.

Seit ihrer Gründung verfolgt die Bundesrepublik Deutschland eine Politik des Friedens. Sie ist Ausdruck unserer politischen Überzeugung, die sich auch auf die leidvollen Erfahrungen zweier Weltkriege in einem Jahrhundert stützt. Diese Politik findet ihre Wurzeln aber auch in der Tradition deutscher Philosophen und Denker, die den Frieden als die Basis für das Wohlergehen jeder Nation bezeichnet. Vor 200 Jahren beschrieb einer der großen Philosophen Deutschlands, Immanuel Kant aus Königsberg, die grundlegenden Prinzipien einer Weltfriedensordnung in einer Abhandlung, die sein tiefes Verständnis für die menschliche Natur widerspiegelt. Der »Weltbürger« in den Worten Immanuel Kants ist der Ausgangspunkt und gleichzeitig das Ziel von Recht und Politik. Für Immanuel Kant gibt es eine enge Verbindung zwischen der inneren Verfassung eines Staates und seiner auswärtigen Politik. Die innere Verfassung, das Rechtssystem eines Staates, beeinflussen unausweichlich auch sein Verhalten nach außen. Umgekehrt muß Ungerechtigkeit in Angelegenheiten der auswärtigen Politik auch das innere Fundament des Staates ernsthaft gefährden.

Friede und Gerechtigkeit sind durch die Geschichte hindurch Sehnsucht und Traum der Menschheit gewesen, die Wirklichkeit aber sieht leider immer noch anders aus. Durch die Jahrhunderte bis in unsere Tage ist diese Welt durch Kriege und Konflikte zerrissen. Heute sind die Vereinten Nationen eine große Hoffnung der Menschheit. So unvollkommen sie auch sein mögen: zu den Vereinten Nationen gibt es keine Alternative.

Mein Land hat aus den furchtbaren Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges seine Konsequenzen gezogen. Wir haben den Weg der Versöhnung und des Ausgleichs gewählt. Heute ist die Bundesrepublik Deutschland Teil der Europäischen Gemeinschaft. Gegner von gestern sind Freunde und Partner von heute geworden. Die Europäische Gemeinschaft ist ein einzigartiges Beispiel, was gemeinsame Ideale und Ziele erreichen können zum Nutzen von mehr als 300 Millionen Europäern und all jenen 63 Staaten der Dritten Welt, die mit uns im Rahmen der Konvention von Lomé verbunden sind.

Die Bundesrepublik Deutschland ist auch Mitglied der Atlantischen Allianz, die Westeuropa mit den USA und Kanada verbindet. Diese Gemeinschaft sichert den Frieden in unserem Teil der Welt, der so oft das Schlachtfeld widerstreitender Machtinteressen gewesen ist. Von Militärpakten vergangener Zeiten unterscheidet sich die Atlantische Allianz durch ihren defensiven Charakter und durch die Identität gemeinsamer Werte: Friede, Gleichberechtigung, Demokratie und der Respekt vor den Rechten des einzelnen. Seit über dreißig Jahren verdanken wir diesem Bündnis Frieden und Sicherheit in Europa. Friede in Europa, lassen Sie mich hinzufügen, ist keine ausschließliche europäische Angelegenheit. Der Friedenszustand, den wir Europäer seit mehr als drei Jahrzehnten genießen dürfen, hat uns auch in den Stand gesetzt, unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt zu entwickeln und auszubauen mit

dem Ziel, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dieser Länder im Interesse der Menschen zu fördern.

Die Verträge, die die Bundesrepublik Deutschland mit ihren östlichen Nachbarn geschlossen hat, haben zu einer Verminderung der Spannungen in Europa beigetragen und den Weg für eine neue Form der Zusammenarbeit auf unserem Kontinent eröffnet. Die Bundesrepublik Deutschland mißt dem fortdauernden Dialog und der friedlichen Zusammenarbeit mit den Ländern Osteuropas große Bedeutung bei. Die Schlußakte von Helsinki aus dem Jahre 1975 und der Prozeß, den sie in Gang gesetzt hat, haben den Gedanken der Menschenrechte, dem Streben nach engeren menschlichen Kontakten und der Politik des Spannungsabbaus zwischen Ost und West neue Kraft verliehen.

Die Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik haben einer engeren Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten auf deutschem Boden den Weg geebnet. Diese Zusammenarbeit verstehen wir als ein Element und ein Mittel der Stärkung der Bande zwischen den Menschen im geteilten Deutschland. Es bleibt das Ziel unserer Politik, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Die Grenze, die Deutschland zerschneidet, die Mauer, die quer durch unsere alte Hauptstadt Berlin verläuft, können nicht das letzte Wort der Geschichte sein.

Herr Präsident, Abrüstung und Rüstungskontrolle, die zu einem Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau führen, gehören zu den zentralen Zielen deutscher Friedenspolitik. An vielen Verhandlungstischen ringen unsere Regierungen um eine Verminderung der Rüstung. Was wir dazu vor allem anderen brauchen, ist Vertrauen. Darum mißt die Bundesrepublik Deutschland den vertrauensbildenden Maßnahmen eine so große Bedeutung bei, die zu mehr Transparenz und Kontrolle führen. Erste bedeutsame Resultate auf diesem Feld konnten in der Schlußakte von Helsinki erzielt werden. Die Konferenz über Abrüstung in Europa, wie sie das Dokument der Madrider KSZE-Folgekonferenz vorsieht, wird ein weiterer wichtiger Schritt auf dieses Ziel hin sein.

Mein Land hofft auf und arbeitet für echte und substantielle Resultate auf diesem für uns alle so wichtigen Gebiet. Positive Ergebnisse werden den Frieden in der ganzen Welt sicher machen. Die Bundesrepublik Deutschland, für ihren Teil, hat schon vor vielen Jahren auf Produktion und Besitz atomarer, biologischer und chemischer Waffen verzichtet. Es wäre zu wünschen, daß andere diesem Beispiel folgten.

Seit den fünfziger Jahren ist die enge Zusammenarbeit mit den Staaten der Dritten Welt eine Säule unserer Außenpolitik. Wir glauben an Solidarität und Partnerschaft, wir respektieren das Recht jeder Nation, über ihren Weg in die Zukunft selbst zu entscheiden und ihre Unabhängigkeit zu bewahren. Als Ausdruck unseres Verantwortungsbewußtseins hat die Bundesrepublik Deutschland an der Gipfelkonferenz über Nord-Süd-Fragen in Cancun teilgenommen. Von dieser Konferenz hatten wir uns mehr versprochen, als sie bisher erbracht hat. Einer der Gründe für den unbefriedigenden Fortschritt auf diesem Gebiet liegt sicherlich in der kritischen Situation der Weltwirtschaft. Wir werden jedoch in unserem Engagement für einen konstruktiven Nord-Süd-Dialog nicht nachlassen.

Der Beitritt meines Landes zu den Vereinten Nationen vor zehn Jahren war eine Sache der politischen Logik und unserer Überzeugung, damit der Sache des Friedens zu dienen. Er war auch ein Ausdruck unserer Bereitschaft, zu weltweiter Zusammenarbeit beizu-

tragen und in weltweitem Maßstab Verantwortung zu übernehmen. Unsere Mitarbeit im Sicherheitsrat in den Jahren 1977 und 1978 ist dafür ein Beispiel.

Von Anfang an hat die Bundesrepublik Deutschland ihre Mitgliedschaft in dieser Weltorganisation als Dienst an den Menschenrechten begriffen. Mit Nachdruck befürworten wir Bemühungen, den Schutz der Menschenrechte zu verstärken und ihre Durchsetzung zu verbessern. Diesem Ziel dienen unsere Vorschläge für eine weltweite Abschaffung der Todesstrafe, für vorbeugende Maßnahmen gegen das Entstehen neuer Flüchtlingsströme — dazu diente auch die von uns vorgeschlagene Konvention gegen die Geiselnahme.

Die Wirklichkeit, der wir jeden Tag gegenüberstehen, ist bedrückend und weit von den Zielsetzungen entfernt, denen wir uns alle verpflichtet fühlen, dennoch dürfen wir nicht nachlassen, für die Anerkennung der unveräußerlichen Rechte jedes Menschen einzutreten, ungeachtet seiner religiösen oder politischen Überzeugung, seiner Herkunft oder Rasse. Hier liegt eine wichtige Aufgabe dieser Weltorganisation. Die Zustimmung, die ein Staat erfährt, muß auf der Freiheit seiner Bürger und nicht auf der Stärke seiner Waffen beruhen.

Aber zwischen der Idee des weltweiten Friedens und der Realität einer Welt voller Konflikte und Gewalt liegt ein tiefer Graben. Dag Hammarskjöld erklärte in seinem letzten Jahresbericht als Generalsekretär im Jahre 1961:

»Das Unvermögen, Entscheidungen oder Aktionen der Organisation im Rahmen der Bestimmungen der Charta Respekt zu verschaffen, wird oft als Versagen der Organisation angesehen. Es wäre wohl richtiger, es als ein Versagen der Weltgemeinschaft in Gestalt ihrer Mitgliedstaaten zu betrachten, besonders jener, die ganz direkt betroffen sind. Ein Unvermögen, geordnet zusammenzuarbeiten — Schritt für Schritt — und die Charta zu einer lebendigen Realität praktischen politischen Handelns zu machen, was sie rechtlich ja schon ist.«

Es reicht nicht aus, wenn wir nur bedauern, daß sich seit jenen Worten nicht viel geändert hat. Sie, Herr Generalsekretär, haben in Ihrem Bericht an die 37. Generalversammlung Hinweise gegeben, wie das Instrumentarium der Vereinten Nationen wirksamer für die Erreichung des Ziels der kollektiven Sicherheit nutzbar gemacht werden kann. Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt Ihre Vorschläge.

Es bleibt unsere Verpflichtung gegenüber der Menschheit, keine Mühe zu scheuen, um die Ziele der UN-Charta zu verwirklichen, so schwierig und mühsam der Weg dorthin auch sein mag. Die moralische Führungsrolle der Vereinten Nationen und die universale Akzeptanz ihrer Entscheidungen und Resolutionen werden entschei-

dend gefördert, je stärker sie als Ausdruck von Gerechtigkeit und politischer Weisheit erscheinen.

Die Vereinten Nationen spielen bei der Erarbeitung neuer Regeln internationalen Verhaltens und bei der Weiterentwicklung des Völkerrechts eine bedeutsame Rolle. Das Völkerrecht bindet jeden: den Schwachen wie den Starken. Die Souveränität der einzelnen Staaten und das Konzept der Universalität stehen in einem natürlichen Spannungsfeld. Hier liegt eine der großen Aufgaben dieser Weltorganisation: nach einem Gleichgewicht zwischen den Interessen des einzelnen Mitgliedstaates und den wohlbegründeten Ansprüchen der Gesamtheit zu streben.

Ich glaube fest daran, daß der Gang der Geschichte wegführen wird von kurzsichtiger, egozentrischer Machtpolitik. Hegemonialstreben und das Trachten nach Dominanz haben in dieser Welt keine Zukunft. Immer mehr Staaten begreifen sich als Mitglied einer Weltgemeinschaft mit gleichen Rechten und gleichen Möglichkeiten. Es ist politisch weise, diese Entwicklung mit Energie und Geduld zu fördern.

Herr Präsident, wir Deutschen bemühen uns, andere Völker, ihre Kultur und Geschichte zu verstehen und mit ihnen in Verbindung zu treten. Dies gilt nicht nur für Nord- und Südamerika, wohin Millionen von Deutschen ausgewandert sind, mit deren neuen Heimatländern uns heute noch mannigfaltige wirtschaftliche und kulturelle Bande verbinden. Dies gilt auch für den Fernen Osten, dessen Sprachen und Kulturen unsere Schriftsteller und Philosophen ebenso fasziniert haben wie die Sprachen und Kulturen des Nahen und Mittleren Ostens, wo Ursprünge der europäischen Zivilisation liegen. Auch mit Afrika fühlen wir uns durch enge, freundschaftliche Beziehungen verbunden. »Toleranz« ist das Schlüsselwort für internationale Zusammenarbeit und das Verständnis zwischen den Völkern.

Viele Jahre der Erfahrung im öffentlichen Leben und im Bereich internationaler Politik haben mir immer wieder vor Augen geführt, daß Toleranz, wie im privaten Bereich, in den Beziehungen zwischen den Staaten unerlässlich ist. Toleranz im zwischenstaatlichen Bereich bedeutet Respekt vor der historischen und kulturellen Identität jeder Nation und ihren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen. Die Bundesrepublik Deutschland, für die ich hier zu sprechen die Ehre habe, ist bereit, entsprechend der Zielsetzungen der UN-Charta Toleranz zu üben und als guter Nachbar mit allen Staaten im Frieden zu leben.

Ich wünsche den Vereinten Nationen und ihrer Arbeit für den Frieden Ausdauer und Erfolg. Das Ziel der Friedensbewahrung und die Hoffnung der Menschheit in unsere Weltorganisation verdienen unseren vollen Einsatz.

